

Satzung
über Versuche mit neuen Techniken und Angeboten
vom 9. Dezember 2019 (StAnz. 2020 S. 91)
i.d.F. vom 16. Mai 2024 (StAnz. S. 407)

Die Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation hat gemäß §§ 38 Abs. 1 S. 2, 52 Abs. 5 des Landesmediengesetzes (LMG) vom 19. Dezember 2018 (GVBl. S. 431) die nachstehende Satzung erlassen:

§ 1

Geltungsbereich der Satzung

(1) Die Satzung gilt für die Durchführung von Versuchen mit neuen Techniken und Angeboten durch private Anbieter und die Begleitung und Beobachtung solcher Versuche durch die Medienanstalt RLP. Die Beteiligung der für Rheinland-Pfalz zuständigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten des Landesrechts an solchen Versuchen bleibt unberührt.

(2) Als Versuch im Sinne von Absatz 1 gilt auch die Weiterverbreitung von Angeboten, die in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen von Versuchen in rundfunkrechtlich zulässiger Weise veranstaltet werden.

§ 2

Festlegung der Versuchsbedingungen

(1) Über die Beteiligung der Medienanstalt RLP an einem Versuch oder die Durchführung eines Versuchs für private Anbieter entscheidet die Versammlung. In ihrem Beschluss zur Durchführung eines Versuchs legt sie insbesondere fest

1. Gegenstand und Ziel des Versuchs,
2. die zu nutzenden technischen Kapazitäten,
3. das Versuchsgebiet,
4. die Versuchsdauer,
5. die Höhe etwaiger von der Medienanstalt RLP für den Versuch zur Verfügung zu stellender Mittel sowie
6. eine etwaige Beteiligung der Medienanstalt RLP am Versuchsträger gemäß § 6 der Satzung.

(2) Der Beschluss kann weitere Festlegungen, die für Inhalt oder Durchführung des Versuchs von wesentlicher Bedeutung sind, enthalten. Insbesondere können sich diese auf Berichtspflichten, auf Vorgaben in Bezug auf Paketbildung und technische Bedingungen der Versuchsdurchführung beziehen.

§ 3

Teilnahme am Versuch

(1) Die Medienanstalt RLP gibt die Durchführung eines Versuchs in ihrem Online-Angebot bekannt. Für die Anträge auf Teilnahme am Versuch setzt sie eine Frist.

(2) An den Versuchen teilnehmen können private Anbieter gem. § 52 Abs. 3 LMG.

(3) Anbieter sind auch Personen oder Unternehmen, die als Plattformbetreiber die Zusammenstellung von Programmen, Diensten und sonstigen Inhalten vornehmen, dieses Gesamtangebot verbreiten und integral oder in Teilen vermarkten oder vermarkten lassen.

(4) Anträge müssen enthalten

1. Angaben zum Antragsteller einschließlich der Beteiligungsverhältnisse,
2. eine Darlegung der wirtschaftlichen Planung,
3. die inhaltliche und technische Darstellung des Angebots,

4. Aussagen zu den Festlegungen im Versuchsbeschluss gem. § 2 Abs. 2.

§ 4

Auswahl der Versuchsteilnehmer

(1) Sofern aus Kapazitätsgründen nicht alle Antragsteller am Versuch teilnehmen können, trifft die Medienanstalt RLP eine Auswahl. Diese hat insbesondere zu berücksichtigen

1. die Übereinstimmung der Technik und des Angebots mit dem Versuchsziel,
2. den Innovationsgehalt von Technik und Angebot gemäß Antrag,
3. die zu erwartende Akzeptanz bei den Adressaten,
4. die Bereitschaft zur Übernahme von Kosten und sonstige Förderung des Versuchs durch den Antragsteller sowie
5. die Bereitschaft zu Kooperationen mit anderen Versuchsteilnehmern.

Die Medienanstalt RLP kann regionale und lokale Bezüge als Auswahlkriterium berücksichtigen.

(2) In die Abwägung ist einzubeziehen, welche Bedeutung Technik und Angebot für die wirtschaftliche Entwicklung des Versuchsgebietes bzw. die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Rheinland-Pfalz haben. Eine angemessene Beteiligung mittelständischer Betriebe in Rheinland-Pfalz ist anzustreben.

(3) Stellt die Erprobung neuer Techniken den Schwerpunkt des Versuchs dar, kann von der Bekanntmachung nach § 3 Abs. 1 abgesehen werden; in diesem Fall finden Absatz 1 und 2 keine Anwendung.

§ 5

Inhalt der Versuchszulassung

(1) Die Teilnahme an einem Versuch mit einem Angebot bedarf der Zulassung.

(2) Die Versuchszulassung enthält

1. das jeweilige Angebot,
2. die zu nutzende technische Kapazität,
3. das Verbreitungsgebiet,
4. die Geltungsdauer gem. § 2 Abs. 1 Ziff. 4.

(3) Die Versuchszulassung kann weitere Festlegungen, insbesondere gem. § 2 Abs. 2, enthalten.

§ 6

Beteiligung der Medienanstalt RLP

Die Medienanstalt RLP kann sich an Gesellschaften beteiligen, sofern dies für die Durchführung des Versuchs zweckmäßig oder erforderlich ist. Die Beteiligung an der Veranstaltung von Angeboten ist ausgeschlossen.

§ 7

Versuchsdauer

Versuchszulassungen sollen befristet erteilt werden. Befristungen können im Rahmen des § 52 Abs. 4 LMG verlängert werden.

§ 8

Begleitung und Beobachtung der Versuche

Die Medienanstalt RLP begleitet und beobachtet die Durchführung der Versuche nach Maßgabe ihres Haushalts; sie kann sich dabei auch der Unterstützung externer Fachleute, Wissenschaftler und Institute bedienen. Die dafür erforderlichen Mittel sind im Rahmen der Festlegung der Versuchsbedingungen (§ 2 Nr. 5) zu berücksichtigen.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Ludwigshafen, den 9. Dezember 2019

Albrecht Bähr
Vorsitzender der Versammlung
der Landeszentrale für Medien und Kommunikation